GRÜNE BLÄTTER

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN BADEN-WÜRTTEMBERG

Mitgliederzeitschrift Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg · 08.2011

Was erwarten Sie von der Landesregierung ...

... in der Wirtschaftspolitik? Ralf Hofmann, Geschäftsführer der KACO new energy GmbH **Seite 2**

... in der Landwirtschaftspolitik? Christian Hiß, Vorstand der Bürgeraktiengesellschaft Regionalwert **Seite 3**

... in der Energiepolitik? Andreas Markowsky, Geschäftsführer Ökostromgruppe Freiburg GmbH **Seite 3**

... in der frühkindlichen Bildung? Christine Hartmann, Leiterin Kita Violett und Familiennetzwerk **Seite 4**

... in der Schulpolitik? Daniela Körner, Vorstandsmitglied des Bündnisses „Eine Schule für Alle e.V.“ **Seite 5**

... in der Hochschulpolitik? Ben Seel, Grüne Hochschulgruppe Heidelberg **Seite 5**

... in der Sozialpolitik? Pfarrer Lothar Bauer, Vorsitzender der Bruderhaus Diakonie **Seite 6**

... in der Integrationspolitik? Hülya Amhari, Migrationsrätin in Heidelberg **Seite 6**

... in Sachen Bürgerbeteiligung und Demokratie? Thorsten „Putte“ Puttenat, Internetsenders fluegel.tv **Seite 7**

Die Weichen für den Politikwechsel gestellt: Silke Krebs und Chris Kühn ziehen die Bilanz aus zwei erfolgreichen Jahren als Landesvorsitzende **Seite 8**

Politik des Gehörtwerdens

„Die Zeit des Durchregierens von oben ist zu Ende. Gute Politik wächst von unten, echte Führungsstärke entspringt der Bereitschaft zuzuhören. Für uns ist die Einmischung der Bürgerinnen und Bürger eine Bereicherung. Wir wollen mit ihnen im Dialog regieren und eine neue Politik des Gehörtwerdens praktizieren. Gemeinsam mit den Menschen, den organisierten und nicht organisierten Interessen und den Unternehmen aus allen Teilen unseres Landes wollen wir den Wechsel verwirklichen und die Chancen dieses Wandels nutzen.“

Diesen Anspruch an eine neue Politik haben wir im Koalitionsvertrag formuliert. Und die Grünen Blätter wollen einen bescheidenen Beitrag dazu leisten, diesem Anspruch gerecht zu werden. Wir haben deshalb verschiedene Menschen aus Bürgerbewegungen und Sozialverbänden, aus Bildungsinitiativen und Hochschulen, aus Unternehmen und Landwirtschaft gefragt: Was erwarten Sie von der neuen grün-roten Landesregierung? Die Antworten waren erfrischend offen und ehrlich. cs

Net schwätze, schaffe!

Von Ralf Hofmann,
Geschäftsführer KACO new energy

Im Klartext: Nicht wortreiche, sondern nachhaltige Wirtschafts- und damit Standortpolitik ist angesagt. Und für mich stehen da Energiepolitik und Unternehmen der Energiebranche an vorderster Stelle. Warum? Weil ohne Energie in der Wirtschaft nichts läuft. Egal wo. Auch „grüne“ Technologien sind keine Kopfgeburten, Produktion braucht nun mal Energie. Nach Möglichkeit aus Quellen vor Ort – und in Zukunft bitte nur noch regenerativ. Hier gehen wir gerne mit gutem Beispiel voran: KACO new energy produziert CO2-neutral! Gerade deshalb sollte landesbezogene Wirtschaftspolitik weiterhin für Innovationen, Ideen aus Baden-Württemberg und deren Umsetzung stehen. Grüne Wirtschaftspolitik zusätzlich für Transparenz und Glaubwürdigkeit. Dazu gehört – aus Sicht von KACO new energy – ein deutlich ambitionierteres Ziel für den jährlichen Zubau an Photovoltaikleistung im sonnenreichen Baden-Württemberg: positive Wirtschaftspolitik für alle Unternehmen des Landes, die an der Energiewende mitarbeiten.

Jedoch: Eine „Wirtschaftspolitik des Gehörtwerdens“ beinhaltet für mich zwangsläufig die Möglichkeit, meine Stimme einzubringen. Das gelingt nicht, wenn ein EnBW-Aufsichtsrat mit externen statt baden-württembergischen Experten besetzt wird. Denn energiewirtschaftliches Fach- und Sachwissen gibt es gerade in Baden-Württemberg zuhauf. Unglaubwürdig, wenn nicht dreist, ist in diesem Zusammenhang auch, dass sich die landeseigene EnBW in Fachzeitschriften plötzlich einen grünen Anstrich gibt und auch noch für einen nicht im Land verankerten Konkurrenten wirbt. Hier lassen sich die Grünen im Land als vermeintlicher Juniorpartner der SPD zur Zeit regelrecht die Butter vom Brot nehmen und müssen in Sachen Schmid'sche Wirtschaftspolitik noch dazulernen.

Ich bin immer noch überzeugt, dass wir die richtige Landesregierung (gewählt) haben. Allerdings müssen den Forderungen nach einem grünen Industriestandort nach Monaten der Orientierung auch Taten folgen. Mein Vorschlag: Alle Experten im Land setzen sich in regelmäßigen Abständen und mindestens zweimal im Jahr an den vielzitierten runden Tisch und reden Klartext miteinander.

ANZEIGE

Landwirtschaft neu ausrichten

Von Christian Hiß,
Gründer und Vorstand der Bürgeraktiengesellschaft Regionalwert

Für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum bedarf es eines entschlossenen politischen Handelns, um einen grundsätzlichen Wandel in der Entwicklungsrichtung der Bewirtschaftung und Kultivierung auszulösen.

Zentrale Werte und Ziele, die wir in diesem Zusammenhang für ein zukunftsfähiges Baden-Württemberg brauchen, sind: Die leistungsbezogene Förderung der vielfältigen Kulturlandschaft, der Aufbau der Fruchtbarkeit von Boden und Kulturpflanzen, die Bewahrung zugänglicher genetischer Ressourcen, die Schaffung neuer Arbeitsplätze für Fachkräfte auf dem Land, die Ausbildung junger Menschen in den grünen Berufen und die Erhaltung der ökonomischen regionalen Eigenständigkeit.

Die neue Landesregierung hat die historische Chance, der Agrarpolitik endlich die Wende zu geben, die das Erreichen dieser Ziele ermöglicht. In ihrem Regierungsprogramm sind all die genannten Themen aufgelistet. Nun sind Mut und Kraft gefragt, diese auch umzusetzen. Sie kann dabei auf viel Erfahrung im Bereich des ökologischen Landbaus zurück greifen, denn bereits seit Jahrzehnten ist er im Land fest verankert. Schon viele zukunftsweisende Impulse sind von diesem Land ausgegangen. So haben bereits vor über 60 Jahren einige kluge Visionäre mit dem ökologischen Landbau begonnen.

Heute können wir feststellen, dass auch für eine zukunftsfähige und nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums erprobte Konzepte vorliegen, die alle Megatrends in sich vereinen – ökologischer Landbau, regionale Ökonomie, Berücksichtigung immaterieller Wohlstandswerte, aktive Bürgerbeteiligung und verbindliche Stadt-Landpartnerschaften sind ihre Paradigmen.

Mit dem Anspruch, etwas zum Positiven hin verändern zu wollen, steht die neue Landesregierung nicht alleine da. Sie kann auf innovative PraktikerInnen im Land, aufgeschlossene Verantwortliche der europäischen Agrarverwaltung und kluge WissenschaftlerInnen an den Hochschulen zurückgreifen, wenn es jetzt darum geht, einmal mehr die Vorreiterrolle für die praktische Umsetzung des überfälligen Paradigmenwechsels in der Agrarpolitik einzuleiten.

Energiewende ermöglichen

Von Andreas Markowsky,
Geschäftsführer Ökostromgruppe Freiburg GmbH

Ob die Energie- und insbesondere die Stromversorgung innerhalb einer Generation vollständig auf erneuerbare Energien umgestellt wird, ist keine Frage der Potenziale, der Technik oder der Wirtschaftlichkeit, sondern eine Frage des gesellschaftlichen Willens und des politischen Gestaltens.

30.000 Windenergieanlagen der neuesten Generation würden so viel Strom erzeugen wie ganz Deutschland verbraucht. Es steht außer Frage, dass die Potenziale in einem Mix der erneuerbaren Energien, der auch Fotovoltaik, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie enthält, zur Deckung des Energiebedarfs ausreichen. Die Technik ist zuverlässig und volkswirtschaftlich sind erneuerbare Energien dem hochsubventionierten fossil-atomaren Energiemix deutlich überlegen.

Den größten Nachholbedarf in Baden-Württemberg gibt es bei der Windkraft. Schuld war nicht der Wind, sondern die Politik. Die neue Landesregierung kann den Ausbau zeitnah forcieren, indem sie die Entmündigung der Gemeinden rückgängig macht. Bei einer Ausweisung im Rahmen der Flächennutzungsplanung ist sichergestellt, dass es keinen Wildwuchs geben wird und trotzdem die Zahl der Standorte substanziell zunimmt. Außerdem muss es zu einer klaren Neuausrichtung der Prioritäten in der Naturschutzverwaltung kommen: Windkraft ja und dabei Naturschutzbelange berücksichtigen.

Die Bedeutung der Wasserkraft geht aufgrund ihrer Stetigkeit und Speicherbarkeit weit über die Menge an Kilowattstunden hinaus. Hier gilt es insbesondere die Genehmigungsverfahren drastisch zu verkürzen. Im Bereich der Fotovoltaik und der energetischen Sanierung bieten viele Landesgebäude noch Potenzial.

Das Land muss in Berlin und Brüssel die dezentrale Energiewende unterstützen, wie es beim Erneuerbare-Energien-Gesetz jüngst praktiziert wurde. Oft werden technische Regelungen für die Netzeinspeisung von Lobbyisten zu Lasten der erneuerbaren Energien vorgeschlagen. Die Landesregierung sollte in Abstimmung mit den Verbänden der Erneuerbare Energien aktiv gegensteuern. Energiekommissar Günther Oettinger sollte seine Hauptaufgabe nicht darin sehen, riesige Leitungen zu bauen, um teuren Offshore-Strom mit teurem Wüstenstrom zu verbinden.

Die stärkere Nutzung erneuerbarer Energien ist ein Segen für das Land. Es schadet nicht, wenn die Entscheidungsträger aller politischen Ebenen diese frohe Kunde unters Volk bringen.

Der neue Landesgeschäftsführer Matthias Gauger

Wechsel in der Landesgeschäftsstelle

Unsere langjährige Geschäftsführerin Annette Schäfer wechselte nach 18 Jahren unermüdlichem Einsatz von der Grünen Landesgeschäftsstelle ins Ministerium für Verkehr und Infrastruktur. Sie wurde dort Büroleiterin von Minister Winfried Hermann.

Neuer Landesgeschäftsführer ist seit Anfang Juli Matthias Gauger. Der gebürtige Schwabe leitete bislang das Münchner Büro des Europaabgeordneten Gerald Häfner und war Mitglied im Parteirat der bayerischen Grünen. „Ich freue mich sehr auf die spannende Aufgabe und dabei ganz besonders auf die Zusammenarbeit mit den Parteimitgliedern vor Ort, den Abgeordneten und der Landesregierung“, sagte Matthias Gauger.

Ebenfalls verabschieden mussten wir uns von unserem langjährigen Pressesprecher Tilo Berner. Er wechselte ins Staatsministerium und ist dort seit Mitte August verantwortlich für die Online-Kommunikation. Wir freuen uns, dass wir zur kurzfristigen Vertretung bis Anfang November die sehr kompetente frühere Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete Linda Heitmann gewinnen konnten.

Wir wünschen Annette und Tilo alles Gute und bedanken uns für die tolle gemeinsame Zeit.

Jedem Kind gerecht werden

Von Christine Hartmann, Leiterin Kita Violett und Familiennetzwerk Freiburg

Der politische Wechsel im Land ist eine Chance, die Rahmenbedingungen des Aufwachsens von Kindern und die Unterstützung der Familien in Baden-Württemberg entscheidend zu verbessern. Denn endlich gibt es eine Offenheit dafür, zu aktuellen Themen wie Kinderarmut, Kinderschutz, Integration und Inklusion weiterführende Wege zu entwickeln und zu beschreiten. Grundsätzlich kann man erwarten, dass eine positive Grundeinstellung zu Konzepten der individuellen Förderung ausschlaggebend ist für die dringend anstehenden Verbesserungen und Veränderungen.

Die Orte, in denen Kinder sich vor der Einschulung entwickeln sollen, sind gute Kitas mit einem differenzierten Raumprogramm, einer differenzierten Lernumgebung, sehr gut qualifizierten pädagogischen Fachkräften und interdisziplinären Teams in einem freundlich gestalteten Quartier. Der hochkomplexen Entwicklungssituation jedes Kindes individuell gerecht zu werden, ist eine große fachliche Herausforderung, Gerade in Quartieren, in denen Kinder und Familien benachteiligt oder gar von einem gesellschaftlichen Ausschluss bedroht sind. Faktoren wie Migrationshintergrund, seelische, körperliche und geistige Behinderungen brauchen konstruktive pädagogische Konzepte der Vielfalt, die ein längeres gemeinsames Lernen ermöglichen. Die Kitas müssen mit ihren Konzepten Antworten geben auf die multifaktoriellen Lebensbedingungen der Kinder und Familien. Die Stärkung der Eltern durch Angebote im Bereich der Elternbildung ist elementar und besonders bei bildungsfernen und benachteiligten Menschen nur mit großer Anstrengung und mit fachpersönlichen Beziehungen realisierbar. Ziel muss es sein, bildungsferne und benachteiligte Familien zu erreichen, um sie zu stärken. Familien, die so sehr belastet und gefährdet sind, dass sie ein gesundes Aufziehen ihrer Kinder nicht sicherstellen können, brauchen besondere Aufmerksamkeit durch unsere Institutionen. Denn Kinder müssen geschützt werden und kein Kind darf verloren gehen.

Meine zentralen Erwartungen an die Regierung sind:

- Dass sie die Weichen stellt für eine gesunde Entwicklung, Bildung, Sicherheit und Integration unserer Kinder.
- Dass die Chancen auf Bildungsgerechtigkeit erhöht werden.
- Dass die pädagogischen Fachkräfte gut qualifiziert und so bezahlt werden, dass es für sie attraktiv ist, diesen Beruf auszuüben – dies gilt insbesondere auch für Männer.

Kinder nicht aussortieren

Von Daniela Körner,
Vorstandsmitglied des Freiburger Bündnisses „Eine Schule für Alle e.V.“

Seit gut zwanzig Jahren bin ich als fünffache Mutter auf der Suche nach Selbstbestimmung und Freude am Lernen. In den Regelschulen war dies leider kaum gegeben. Eine Aufteilung nach vier Grundschuljahren ist für alle belastend, denn den Einrichtungen geht es in aller Regel um ein zeitgleiches Abprüfen einheitlichen Wissens, ohne dass auf die unterschiedlichen Talente der Kinder eingegangen werden kann.

Deshalb erwarte ich jetzt ein Weiterbildungsangebot, das die durch Forschung längst geforderten notwendigen Veränderungen hin zu mehr individualisiertem Lernen in die Schulen trägt.

Dringend brauchen Lehrkräfte und Schulleitungen die Sicherheit, dass ihre Fähigkeiten Unterricht zu gestalten und zu entwickeln gefragt sind. Die vielen Hürden der Verwaltung, die in Form von Versetzungsordnungen, Kontingentsstundentafeln, Vergleichsarbeiten und Notenverordnungen auf die Schulen einwirken, sollten durch gute pädagogische Strategien auch (modifiziert) außer Kraft gesetzt werden dürfen. Denn für ein gutes Konzept kann es notwendig sein, im Team eigene Maßstäbe zu erarbeiten – natürlich unter der Maßgabe der Bildungsstandards.

Individuelle Lernstandserhebungen in Form von Lerntagebüchern und Portfolios benötigen auch eine Änderung der Vorgaben zu Klassen- und Wiederholungsarbeiten. Sonst bleibt eine Schule lieber bei den üblichen Einteilungen der mündlichen und schriftlichen Noten (z.B. 40% und 60%) und probiert andere Möglichkeiten kaum aus.

Schulen, die keine Noten geben wollen und gute Alternativen entwickelt haben, sollten dies auch tun dürfen.

Zwar lassen die Vorschriften Handlungsspielräume bei der Unterrichtsgestaltung und den Tests für Kinder mit Lernschwierigkeiten wie Legasthenie oder Dyskalkulie, sie verlangen aber auch, die Anforderungen nicht unterschiedlich zu handhaben, damit doch wieder alle das gleiche Ergebnis erreichen. Dass dies bei einer heterogenen Gruppe nicht möglich ist, wissen die Lehrkräfte nur zu gut. Somit greift die Verordnung zu kurz und man bleibt lieber bei Altbewährtem. Der Test zur gleichen Zeit für alle kann das nicht leisten.

Somit bedarf es von Seiten der Gesetzgebung einer Öffnung, denn gerade unter dem Gesichtspunkt der Inklusion brauchen wir Vorgaben, die Kinder nicht sortieren und dadurch benachteiligen. Es bedarf dringend einer Aufklärungskampagne, um Ängste abzubauen und Unterstützung zu geben.

Lebendige Hochschulen – demokratisch und gerecht

Von Ben Seel,
Grüne Hochschulgruppe Heidelberg

Die Bildungspolitik der alten Landesregierung trieb in den letzten zwei Jahren tausende Studierende auf Baden-Württembergs Straßen. Es gab zwar viel Sympathie für die Protestierenden, aber wenig konkrete Verbesserungen. Zahlreiche Probleme sind geblieben.

Nach dem grün-roten Sieg bei der Landtagswahl erwarten die Studierenden, dass nun die großen Probleme effektiv und umfassend angegangen werden.

Die Abschaffung der Studiengebühren muss zum Sommersemester 2012 endlich geschehen und darf mit keiner Kürzung von Mitteln für die Unis einhergehen. Dabei ist es wichtig, dass die Mittel an die Lehre zweckgebunden bleiben, damit sie weiterhin nicht nur angeblich „exzellenter“ Forschung, sondern uns Studierenden zugute kommen. Außerdem begrüßen wir die Pläne der Landesregierung, Studierenden bei der Mittelverteilung echte Entscheidungskompetenzen zu verleihen, anstatt nur eine Teilnahme an beratenden Kommissionen, die an vielen Hochschulen von Rektoraten und Dekanen ausgehebelt werden können.

Um überhaupt wieder eine echte Vertretung von Studierenden zu ermöglichen, braucht es dringend die Wiedereinführung der bislang verbotenen Verfassten Studierendenschaften. Gegenwärtig sind Studierende in Baden-Württemberg nämlich in halblegale Systeme gedrängt und können keine demokratisch legitimierte und ausreichend ausgestattete Studierendenvertretung bilden. Bei der Wiedereinführung ist es wichtig, den Studierenden die Ausgestaltung ihrer Vertretung zu überlassen, um die unterschiedlichen Strukturen der vielfältigen Baden-Württembergischen Hochschulen abzubilden. Zur Gewährleistung ihrer Unabhängigkeit brauchen die Vertretungen außerdem die Möglichkeit, eigene Finanzmittel zu erheben. Auch muss es möglich sein, sich zu hochschulübergreifenden Themen zu Wort melden zu können. Es muss beispielsweise erlaubt sein, sich gegen Studiengebühren auszusprechen und Vorschläge für eine andere Finanzierung zu machen, um auf Landes- und Bundesebene gehört zu werden.

Vieles weitere gibt es an unseren Hochschulen noch zu verbessern, z.B. Barrierefreiheit schaffen oder zu großen Einfluss der Wirtschaft auf die Freiheit von Forschung und Lehre verhindern. Das Wichtigste aber ist, dass nun endlich der Weg zu einer gerechteren, partizipativen und offenen Hochschule beschritten

Keiner soll verloren gehen

Von Pfarrer Lothar Bauer,
Vorstandsvorsitzender der BruderhausDiakonie Stiftung Gustav Werner und Haus am Berg

Die Aussagen zur Chancengleichheit im Bereich Bildung, die prominent am Anfang des Koalitionsvertrages stehen, spiegeln das alte diakonische Motto wider: „Keiner soll verloren gehen." Noch mehr unterstreichen würde ich, dass Kinder wieder mehr Welt erfahren können und zwar möglichst konkret und nicht nur medial. Warum sollen etwa Schulsanierungen oder der Betrieb der Schulmensen nicht unter Schülerbeteiligung stattfinden? In der Pubertät würden vielen Jugendlichen eine Schulunterbrechung und eine erste intensive Erfahrung mit der Arbeitswelt sehr gut tun.

Trotz einer erfreulich niedrigen Jugendarbeitslosigkeit von nur noch 2,2 Prozent im Land bleiben Jugendliche, die keine Ausbildung schaffen, als Verlierer übrig. Das Duale Ausbildungssystem ist für diese schul-frustrierten Jugendlichen nicht geeignet. Sie müssen über das „Tun" abgeholt werden. Das geeignete Instrument ist die Produktionsschule. Sie braucht eine gesicherte Basis.

Der für Baden-Württemberg angekündigte Umsetzungsplan zur UN-Behindertenrechtskonvention kann uneinheitliche Entwicklungen der letzten Jahre korrigieren und Grundlage werden für eine möglichst wohnortnahe Assistenz- und Teilhabestruktur, die in gleicher Qualität im ganzen Land Umsetzung findet. Bei der Ertüchtigung der Schulen in Richtung Inklusion sollte die vorhandene, differenzierte Fachkompetenz in Diagnostik, Therapie und Förderung nicht verloren gehen, sondern in Kompetenzzentren erhalten bleiben.

Dass gute Pflege und Versorgung im Alter gemeinwesenorientierte, bürgerschaftliche Grundstrukturen brauchen, die sich nicht zwangsläufig über Marktmechanismen ergeben, ist zu unterstützen. Eine Neufassung des Landesheimgesetzes im Sinne des Verbraucherschutzes, das ambulante und stationäre Leistungen übergreift, ist ebenso zu begrüßen wie der Einsatz der Landesregierung in Berlin für eine Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Die Assistenznotwendigkeiten, etwa bei Demenzerkrankung, müssen Berücksichtigung finden.

Die neue Regierung setzt das Ländle unter Innovationsdruck, auch den sozialen Bereich. Die Richtung zu mehr Bürgergesellschaft und Bürgerverantwortung stimmt. Jetzt kommt es auf die Umsetzung und viele Details an.

Bildung als Lackmustest der Integrationspolitik

Von Hülya Amhari,
Migrationsrätin in Heidelberg

Die größte Hoffnung auf einen Politikwechsel liegt für viele MigrantInnen im Bereich der Bildungspolitik. Ein gerechtes Bildungssystem, das allen Kindern und Jugendlichen die gleichen Chancen eröffnet und in dem der Erfolg nicht an die Herkunft oder an das Einkommen der Eltern gekoppelt ist, ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe und für das Gefühl des Dazugehörens. Wer für sich und seine Kinder in dem Bereich das Gefühl hat, abgehängt zu sein, hat Schwierigkeiten, sich mit der Gesellschaft zu identifizieren, in der er lebt. Die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung, die für den Verlauf der Bildungsbiographien entscheidend ist, ist ein gutes Zeichen für ein Umdenken in der Bildungspolitik und signalisiert den Eltern, dass sie ernst genommen werden.

Die programmatischen Punkte der Koalition, die bekanntgegeben wurden, versprechen einen Paradigmenwechsel. Es bleibt nur zu hoffen, dass diese Ankündigungen nicht so halbherzig umgesetzt werden wie es in NRW der Fall ist. Das dreigliedrige Schulsystem muss einerseits strukturell, vor allem aber als pädagogisches Konzept überwunden werden. Neue Schulmodelle, die das alte sozial selektive Bildungssystem aufrechterhalten und lediglich mit einem neuen Etikett versehen, werden dazu führen, dass Eltern mit Migrationshintergrund das Vertrauen in die Politik endgültig verlieren. Es muss endlich Schluss gemacht werden mit der faktischen Segregation der SchülerInnen mit Migrationshintergrund.

Die Intensivierung der frühkindlichen Bildung und der Ausbau der Ganztagsschulen werden eine individuelle Förderung aller Kinder besser möglich machen. Unter diesen Rahmenbedingungen braucht es keine Sonderbeschulung oder Sonderprogramme zur Sprachförderung für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Als nächster Schritt sollten die Kindergartengebühren abgeschafft werden, damit möglichst viele Kinder so früh wie möglich in den Genuss der Förderung durch die frühkindliche Bildung kommen. Gerade für Kinder mit Migrationshintergrund ist diese Phase wichtig, da sie bis zum Schuleintrittsalter ihre sprachlichen Kompetenzen soweit entwickeln könnten, dass Chancengleichheit von Anfang an gegeben ist.

Demokratie ist kein Spaziergang

Von Thorsten Puttenat. Putte ist Musiker und das Gesicht des Internetsenders FluegelTV, der einen Teil zur Demokratisierung der Gesellschaft beitragen will.

Bevor ich meine Erwartungen äußere, möchte ich erst einmal meine Freude über den Versuch der neuen Landesregierung, den Weg in die Bürgergesellschaft zu gehen, zum Ausdruck bringen. Demokratie ist eine schwierige Angelegenheit, und ich gehe sogar so weit zu behaupten, dass wir als Gesellschaft(en) im Grunde noch gar nicht gelernt haben, wie sie eigentlich funktionieren könnte. Gelebte Demokratie ist in meinen Augen nicht nur Staatsform, sondern vielmehr eine innere Haltung, die schon dann zum Tragen kommt, wenn mehr als eine Person im Raum ist.

Insofern wünsche ich mir die kommenden Jahre als eine fruchtbare „Vorschule der Demokratie“ und hege die Hoffnung, dass gerade Ihr Grünen die nötigen Impulse, Hilfestellungen und Angebote dafür liefert. Das funktioniert aber nur wenn auch der Bürger seine Bringschuld erkennt und sich engagiert – hierin liegt eine große Herausforderung und auch Schwierigkeit.

Auf der einen Seite hat der Konflikt um Stuttgart 21 gezeigt, dass viele Menschen aufbegehren und auch bereit sind, Einsatz zu zeigen. Blickt man aber auf andere Themen wie z.B. den Bürgerhaushalt und die kommunale Energieversorgung zeigt sich ein anderes Bild. Eine der vielen Fragen ist also, wie man die Bürgerschaft auch dann motiviert und aktiviert, wenn der „Event-Charakter“ ausbleibt.

Ich wünsche mir ausgeklügelte Plattformen der Beteiligung, auch im Internet. Als wichtig erachte ich auch die Möglichkeit, auch klugen und kreativen Köpfen außerhalb der Politik Platz für ihre Ideen hinsichtlich neuer Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung einzuräumen und erhoffe mir diesbezüglich die dafür notwendige Offenheit seitens der neuen Landesregierung. Ein Spaziergang wird all das nicht, die Zeit aber ist überreif für einen grundlegenden Versuch. In diesem Sinne, packen wir's an. Auf Seiten der Politik, aber auch auf Seiten der Gesellschaft. Sehr, sehr spannend all das.

Demokratie im Praxistest

Auf dem Weg zu einer neuen politischen Kultur

Ein halbes Jahr nach der Wahl diskutieren wir: Wie steht es um die neue politische Kultur? Offenheit, mitnehmen, beteiligen: Wie geht das? Welche Weichen wurden bereits gestellt? Welche dicken Bretter sind noch zu bohren?

Freitag, 14. Oktober, 19:00 Uhr
Das Versprechen, das Vorhaben
Ministerpräsident
Winfried Kretschmann im Gespräch,
anschließend Empfang

Samstag 15. Oktober, 10:00 Uhr
Die Außenwahrnehmung
Bundes- und landespolitische
JournalistInnenrunde
Das Spannungsfeld
Regierungshandeln –
BürgerInnenbeteiligung
Ende ca. 16:00 Uhr
Ort: Literaturhaus Stuttgart

Eine Veranstaltung der Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg in Kooperation mit der Bundesstiftung der Heinrich Böll Stiftung.
Info und Anmeldung: www.boell-bw.de

Die Weichen für den Politikwechsel gestellt

Von Silke Krebs und Chris Kühn

Wir können auf zwei sehr spannende, ereignisreiche und erfolgreiche Jahre als Landesvorsitzende zurückblicken. Am 27. März haben die baden-württembergischen Grünen Geschichte geschrieben: Wir haben bei der Landtagswahl mit 24,2 Prozent das beste grüne Ergebnis aller Zeiten erreicht. Wir haben die CDU nach über 57 Jahren auf die Oppositionsbank geschickt. Wir führen zum ersten Mal eine Landesregierung. Und wir stellen mit Winfried Kretschmann den ersten grünen Ministerpräsidenten. Die Mammutaufgabe Landtagswahlkampf hat all unsere Kräfte gebunden. Es war einer der härtesten und längsten Wahlkämpfe, wir wurden als Dagegenpartei diffamiert und massiv angegriffen. Dennoch haben wir mit Euch zusammen das scheinbar Unmögliche geschafft. Als Landesvorsitzende kann man nur gemeinsam mit der grünen Basis, den vielen aktiven Mitgliedern in den Kreis- und Ortsverbänden etwas bewegen. Deshalb: Herzlichen Dank für Euer Vertrauen, Eure Anregungen, Eure Kritik und Euer Engagement in den letzen beiden Jahren! Die Zusammenarbeit und die vielen Begegnungen mit Euch waren für uns immer eine große Motivation.

GLV on Tour

Gemeinsam waren wir im ganzen Land viele tausend Kilometer in den letzten beiden Jahren im Zug, Bus und Auto für die Partei unterwegs. Wir kennen die Strecke zwischen Stuttgart und Freiburg bzw. Tübingen mittlerweile im Schlaf. Und wir haben viele tollen Aktionen mit Euch gemeinsam gemacht: Wir waren mit zahllosen Grünen aus dem Land beim Weltklimagipfel in Kopenhagen, um für einen besseren Klimaschutz zu demonstrieren, waren im Wendland bei den Castortransporten oder in Stuttgart beim Kampf gegen S21. Wir haben mit Euch im Wahlkampf in Veranstaltungen und an Infoständen für mehr Grün geworben und bei den Regionalkonferenzen den Koalitionsvertrag debattiert. Auch in Zukunft wollen wir einen engen Kontakt mit Euch pflegen, wenn auch teilweise in anderer Funktion.

Impulse

Uns war es als Landesvorsitzende immer wichtig, dass die Partei ein Ort der lebendigen Debatte ist. Mit unserem breiten Debattenprozess zum Wahlprogramm und unserem „Programm für das Neue Baden-Württemberg“ ist uns das gelungen. Wir sind heute in allen Themen gut aufgestellt und programmatisch für die Regierungsjahre gerüstet. Mit Euch gemeinsam haben wir spannende Debatten von der Wachstumsfrage über eine neue Landwirtschaft bis hin zur Netzpolitik geführt, neue Impulse aufgenommen und eigenständige grüne Standpunkte entwickelt. Klar ist aber auch: Diese Arbeit muss in den nächsten Jahren weitergehen.

Grün Wächst

Wir Grüne erleben in den letzten beiden Jahren eine regelrechte Eintrittswelle: Wir haben inzwischen über 8.600 Mitglieder – und damit weit mehr als je zuvor. Diese neuen Mitglieder einzubinden und ihnen spannende Mitwirkungsmöglichkeiten zu bieten, wird eine unserer zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre werden. Die wichtigste Aufgabe ist aber, den Politikwechsel im Land Wirklichkeit werden zu lassen. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern im Land wollen wir eine neue Politik umsetzen und ein neues Baden-Württemberg möglich machen. Darauf freuen wir uns – und dafür brauchen wir Euch. Danke für die gemeinsame Arbeit in den letzten beiden Jahren!

IMPRESSUM:

Herausgeber:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Baden-Württemberg
Forststraße 93 · 70176 Stuttgart
Telefon 0711-99 35 90
Telefax 0711-99 35 999
landesverband@gruene-bw.de
www.gruene-bw.de

Layout&Satz:
gerhard@fontagnier.de

Redaktion:
Danyal Bayaz, Tilo Berner, Sandra Boser, Nadyne Dittmann, Florian Krebs, Carsten Preiss, Wolfgang Schmitt, Swantje Sperling, Dirk Werhahn

Druck:
auf Umweltpapier bei
Oktoberdruck AG, Berlin
(Auflage 6.500 Exemplare)

Bildquellen:
Titel und Seite 7:
©2011 Günther Ahner und fluegel.tv
Seite 3:
Windrad (CC-BY-NC-SA) flickr „dephekt“
Seite 4:
Kindergartenkinder (CC-BY-NC) flickr „RocketScientistJan“